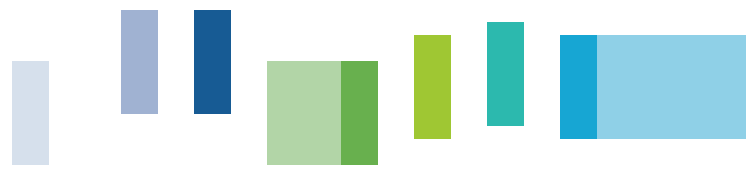




IHK BERLIN

Arbeitsprogramm 2025 für die Berliner Wirtschaft

beschlossen von der Vollversammlung am 10. Dezember 2024



Arbeitsprogramm 2025 für die Berliner Wirtschaft

Inhalt

Ziel: Berlin soll eine moderne Weltmetropole werden	2
Berlin braucht wirksame Bildung	4
Berlin braucht zukunftsfähiges Unternehmertum	9
Berlin braucht eine pragmatische Stadtentwicklung	13
Berlin braucht innovatives Wachstum	17
Berlin braucht eine funktionierende Stadtverwaltung	22
Berlin braucht eine leistungsstarke Industrie- und Handelskammer	25

Ziel: Berlin soll eine moderne Weltmetropole werden

Berlin ist in vielerlei Hinsicht eine deutschlandweite und mitunter sogar internationale Benchmark – wir sind unter anderem die Hauptstadt der Start-ups und Spitzenreiter bei den Sozialunternehmen und der Gesundheitswirtschaft. Auch in Sachen Künstliche Intelligenz sind wir führend. Obendrein findet man in Berlin viele sogenannte „Hidden Champions“ – beispielsweise in der Industrie. Diese Unternehmen sind der breiten Öffentlichkeit weniger bekannt, aber in oftmals sehr spezialisierten Branchen entscheidende Akteure auf dem Weltmarkt. Dem gegenüber stehen jedoch auch viele Bereiche, in denen Berlin bestenfalls Mittelmaß ist: sei es bei den staatlichen Schulen oder in der Verwaltung. Das wollen wir ändern! Denn Berlin kann so viel mehr! Dabei sollte unser eigener Anspruch stets sein, uns nicht nur mit München oder Hamburg, sondern auch mit internationalen Metropolen wie Paris, London oder New York zu messen und die Potenziale Berlins noch viel entschiedener zu heben, als dies heute der Fall ist. Berlin muss daher auch den Anspruch haben, Großveranstaltungen wie eine Weltausstellung, eine Internationale Bauausstellung oder die Olympischen Spiele für sich zu gewinnen und durchzuführen. Die Olympischen Spiele in Paris haben eindrucksvoll gezeigt, dass von solchen Großereignissen eine positive Strahlkraft ausgeht, die letztlich zu einer nachhaltigen Wachstumstrendite führen kann, wenn man sie als Chance begreift, anstatt sie als Last zu sehen.

Die schwächelnde Konjunktur und das geringe Wirtschaftswachstum stellen ganz Deutschland vor große Herausforderungen. Glücklicherweise steht die Berliner Wirtschaft im Vergleich zum bundesweiten Schnitt hier noch gut da. Mit dem Status, nicht ganz so schlecht wie der Rest zu sein, wollen wir uns jedoch keineswegs zufriedengeben! Die Berliner Wirtschaft muss sich, wenn die Hauptstadt als Standort weiterhin und vor allem zunehmend konkurrenzfähig sein möchte, insbesondere auf jenen Ebenen resilient und zukunftsfähig aufstellen, die in unserem Einflussbereich liegen. Daraus leiten wir unser Jahresthema für 2025 ab: den Innovationstransfer. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen noch viel schneller und reibungsloser direkt vor Ort in Berlin Umsetzung finden. Dies gelingt unter anderem durch eine entschiedene und konsequente Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft. Zudem soll das Jahr 2025 endlich jenes Jahr werden, das als „Jahr der großen Verwaltungsreform“ in die Geschichte Berlins eingeht. Endlose Vergabeprozesse, unklare Zuständigkeiten und „Behörden-Ping-Pong“ sollen endlich der Vergangenheit angehören. Auch dem Thema der internationalen Fachkräftegewinnung wollen wir eine herausgehobene Stellung beimessen. Durch gezielte Maßnahmen sollen Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland qualifiziert und nach Berlin geholt werden. Denn ohne sie haben wir keine Chance, die riesige vor uns liegende Fachkräftelücke zu schließen.

Die Mitglieder der Vollversammlung, des Präsidiums, der Themenausschüsse sowie der Branchenformate halten am Ziel fest, die Gestaltung Berlins zu einer modernen Weltmetropole voranzutreiben. Wir streben ein Berlin an, welches sich langfristig ausrichtet und von einer nachhaltigen Perspektive geprägt ist. Diese moderne Weltmetropole setzt sich nach unserer Überzeugung aus den folgenden Schlüsselfaktoren zusammen:

- Berlin braucht wirksame Bildung
- Berlin braucht zukunftsfähiges Unternehmertum
- Berlin braucht eine pragmatische Stadtentwicklung
- Berlin braucht innovatives Wachstum
- Berlin braucht eine funktionierende Stadtverwaltung
- Berlin braucht eine leistungsstarke Industrie- und Handelskammer

Wie die Berliner Wirtschaft die Zukunft ihrer Stadt sehen will, hat sie in einem Zukunftsbild für eine **Weltmetropole Berlin 2035** festgehalten. Dieses wird konsequent weiterentwickelt und findet Eingang in die inhaltliche Arbeit der Gremien. Das Berlin der Zukunft ist eine **Bildungsstadt** mit einem integrativen, wirtschaftsnahen System für lebenslanges Lernen. Als **globales Zentrum für Vielfalt und Fachkräfte** zieht die Stadt internationale Talente an und fördert familienfreundliche Strukturen. Die **digitale Verwaltung** ist effizient und innovationsfördernd. Berlin gilt als „**Impact Capital**“ für soziale und technologische Innovationen, unterstützt durch Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft. In Bezug auf Umwelt und Mobilität setzt Berlin auf **Klimaresilienz** und nachhaltige, zuverlässige Energieversorgung. Die **Mobilität** ist zukunftsorientiert, innovativ, optimal auf die Bedürfnisse der Bürger ausgerichtet und orientiert sich am Leitbild der 15-Minuten-Stadt. Der **nachhaltige Städtebau** fördert Wohnen und innovative Baukonzepte, die klimafreundliches und gesundes Leben ermöglichen. Als **kulturelles Zentrum** begeistert Berlin durch seine Vielfalt, was den Einwohnern und dem Tourismus gleichermaßen zugutekommt.

Berlin braucht wirksame Bildung

Berlins Bildungssektor birgt enormes Potenzial, das jedoch seit Jahren ungenutzt bleibt. Neben exzellenten Hochschulen und innovativen Bildungsunternehmen prägen die Stadt auch Bildungsplattformen, Stiftungen und Sozialunternehmen. Doch der Erfolg dieser Akteure wird durch Defizite in staatlichen Schulen und die Schwierigkeiten vieler Ausbildungsbetriebe, geeignete Azubis zu finden, geschmälert. Die IHK Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, dieses Ungleichgewicht auszugleichen und die Stadt zur „Bildungsmetropole“ zu entwickeln. Das Zukunftsforum „Wirksame Bildung“ 2023 und das Festival der Berliner Wirtschaft „Bildung x Business“ 2024 markierten wichtige Schritte in diese Richtung.

Wirksame Bildung beginnt in der frühen Kindheit. Die IHK Berlin fordert eine durchgehende Sprachförderung von der Kita bis zur Ausbildung, um Teilhabechancen und Bildungserfolg zu sichern – sowohl für Muttersprachler als auch für jene, die Deutsch als Fremdsprache lernen. Innovationskraft im Bildungsbereich ist essenziell, weshalb die Zusammenarbeit mit Unternehmen der Sozialwirtschaft intensiviert werden soll. Wir verstehen uns als aktiven Treiber für die Entwicklung, Sichtbarkeit und Verstärkung der Sozialen Ökonomie in Berlin.

Angesichts des Mangels an Fach- und Arbeitskräften ist praxisnahe Berufsorientierung von zentraler Bedeutung. Doch diese findet in Schulen oft unkoordiniert und ohne Praxisbezug statt, sodass viele Unternehmen nur schwer passende Bewerber finden. Die IHK Berlin möchte daher den Praxisanteil im 11. Pflichtschuljahr aktiv mitgestalten, mithilfe von Kooperationsmanagern als Bindeglied zwischen Unternehmen und Schulen. Zudem sollen Berufsorientierungskordinatoren an Schulen helfen, die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen zu stärken, wie das Pilotprojekt an der Willy-Brandt-Schule zeigt.

Berlin braucht mehr Azubis und muss dafür attraktive Ausbildungsbedingungen schaffen. Dazu gehören faire Arbeitsbedingungen, Zugang zu Wohnraum und Mobilität. Die IHK Berlin setzt sich für ein Azubi-Ticket auf Basis des Deutschlandtickets ein und plant eine Studie zum Wohnraumbedarf für Auszubildende. In diesem Zusammenhang sollen ebenso konkrete Modelle für Azubiwohnen entwickelt und in die politische Diskussion eingebracht werden. Die IHK Berlin prüft auch, in welcher Form sie selbst an Wohnprojekten für Azubis mitwirken kann. Diese Maßnahmen basieren auf dem [Businessplan „Wirksame Bildung“](#) und sollen in enger Zusammenarbeit mit Verwaltung und Politik umgesetzt werden.

Für all diese Vorhaben ist eine solide Datengrundlage wichtig. Derzeit gibt es nach wie vor keinen gesamtstädtischen Konsens über die konkrete Anzahl an Ausbildungssuchenden und freien Ausbildungsplätzen und folglich auch deren Verhältnis zueinander. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass künftig zwischen allen Akteuren ein geteiltes Verständnis über die Datengrundlagen besteht. Nur so lassen sich geeignete Handlungsempfehlungen ableiten.

Bereits im Jahr 2024 haben wir uns verstärkt dem Thema des Wirkungsmanagement gewidmet. Denn wir wollen unser eigenes Handeln immer wieder kritisch hinterfragen und unsere konkreten Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit eruieren. Dabei haben wir im Handlungsfeld "Wirksame Bildung" ein Projekt zur Wirkungsmessung gestartet, bei dem wir unsere Maßnahmen im Zuge der Ausbildungs Offensive evaluieren. Dieses Projekt setzen wir fort.

Im Bereich der Gesamtinteressenvertretung wird die IHK Berlin

- die Berufsorientierung in Berlin weiter verbessern; dafür nutzen wir u.a. die Erkenntnisse aus dem Kooperationsprojekt Berufsorientierungsschule und bereiten diese für die politische Kommunikation auf;
- die Prozesse zur Erstellung des Berliner Bildungsprogramms für die frühkindliche Bildung und Umsetzung des Strategie-Papiers Netzwerk Kinder forschen aktiv begleiten;
- die Umsetzung des Koalitionsvertrages hinsichtlich der Einführung des Schulfachs Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT) an Gymnasien und als Pflichtfach in den Klassen 9 und 10 an Integrierten Sekundar- und Gemeinschaftsschulen aktiv begleiten; dafür veranstaltet die IHK Berlin, unterstützt durch die Bildungsverwaltung, eine Produktmesse für Schulen, bei der die vielfältigen Angebote und Potenziale Berliner Bildungsunternehmen für schulische Akteure sichtbar werden;
- die Umsetzung der Maßnahmen des Runden Tisches „Energie- und Klimaberufe“ in Federführung der Senatsarbeitsverwaltung weiterhin aktiv begleiten, die Zusammenarbeit in den jeweiligen Thementischen mit den Partnern fortsetzen und Initiativen mit den Unternehmen starten, um sie für Angebote für Klimapraktika zu begeistern;
- die Mitwirkung am Bündnis für Ausbildung sowie die politische Begleitung der Bündnissitzungen fortsetzen. Dabei setzt sich die IHK Berlin dafür ein, zu verdeutlichen, dass eine Ausbildungsumlage nicht das geeignete Mittel ist, um Defizite in der Berufsorientierung an Schulen auszugleichen und Passungsprobleme auf dem Berliner Ausbildungsmarkt zu beheben. Stattdessen setzt die IHK die im Bündnis vereinbarten Maßnahmen um, um die Attraktivität der Ausbildung zu steigern und Vertragsabbrüche zu reduzieren. Dazu zählen auch die Top-Level-Besuche bei Berlins größten Arbeitgebern durch das IHK-Ehrenamt, um für mehr Ausbildungsplätze zu werben. Mit den Wirtschaftspartnern wird die Zusammenarbeit intensiviert, um die Auswirkungen einer Umlage auf die Wirtschaft gemeinsam zu kommunizieren;
- sich bei der Ausgestaltung des 11. Pflichtschuljahrs mit konkreten Empfehlungen einbringen und für eine praxisnahe Ausgestaltung und schnellen Übergang in die duale Ausbildung stark machen. Hierzu werden u.a. auch Austauschformate mit den OSZ und Unternehmen angeboten;
- konkrete Maßnahmen zur Evaluierung des Reformbedarfs im dualen Ausbildungssystem ergreifen und ein Konzept für mögliche Reformen ausarbeiten. Diese Reformvorschläge werden der Vollversammlung vorgestellt und legitimiert. Zudem schafft die IHK Berlin ein öffentliches Bewusstsein für den Reformbedarf;
- Die Impulse aus dem Festival der Berliner Wirtschaft Bildung x Business sowie der Innovationsreise nach Dänemark 2024 nutzen, um Positionierungen im Themenkomplex "Wirksame Schule" voranzutreiben. Zudem soll die Umsetzung der Produkte des Businessplans "Wirksame Bildung" weitergeführt und die Inhalte des Zukunftsbildes berücksichtigt werden;
- im Rahmen der Landeskommision Duales Studium Berlin aktiv daran mitarbeiten, dass die für das duale Studienangebot notwendigen Innovationen, Entwicklungspotenziale und Bedarfe erkannt und die jeweiligen Transfer- bzw. Integrationsmöglichkeiten erarbeitet werden;

- sich dafür einsetzen, dass Ausbildung attraktiver für Azubis wird, indem Mobilität vergünstigt und bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Hierzu bringt sich die IHK mit konkreten Empfehlungen und Modellen für das Azubiwohnen ein, führt Wirtschaft und Politik zusammen und bezieht bestehende Projekte ein. Der Fokus liegt dabei auf der Schaffung von kostengünstigem Azubi-Wohnraum auch unter Prüfung einer IHK-Beteiligung. In Bezug auf Mobilität wirbt die IHK beim Senat für die Einführung eines rabattierten Azubi-Jobtickets. Dies soll bei den Mitgliedsunternehmen bekannt gemacht und die Umsetzung in den Unternehmen durch konkrete Hilfestellungen unterstützt werden;
- sich dafür einsetzen, dass im Bereich der Social Economy gemeinnützigen Bildungsträgern mehr Sichtbarkeit verliehen wird, um ihre Arbeit und ihr Engagement stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Innovative Bildungsansätze und -projekte können durch diese erhöhte Aufmerksamkeit vorangetrieben werden;
- sich dafür einsetzen, eine einheitliche und breit akzeptierte Datengrundlage hinsichtlich der Ermittlung der Zahlen der verfügbaren Ausbildungsplätzen sowie der Ausbildungssuchenden zu schaffen.

Im Service wird die IHK Berlin

- Maßnahmen zur Gewinnung neuer Ausbildungsbetriebe ausbauen, Ausbildungsberatung vertrieblicher ausrichten, neue Services für bereits ausbildende Unternehmen entwickeln und etablieren, Ausbildungsabbrüche verhindern mit dem Ziel bis Ende 2025 die Ziele des Bündnisses für Ausbildung zu erreichen;
- pilotierte digitale und analoge Angebote und Projekte aus der Ausbildungsoffensive 1.0 verstetigen, ausbauen und skalieren, um Jugendliche zu erreichen, die Lücke bei der Berufsorientierung zu schließen und den Zugang zu echten Praxiserfahrungen bei Berliner Unternehmen zu ermöglichen (Praktikumswoche, Ausbildungsbotschafter, Ausbildungsatlas, www.praktikum.berlin, Ausbau von Kooperationen mit Schulen in Zusammenarbeit mit PSW);
- die Unterstützung von Mitgliedsunternehmen bei der Steigerung der Anzahl von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen durch verbesserte Serviceangebote, Teilnahme an Schulveranstaltungen zur Berufsorientierungs- und Matchingthemen steigern, direkte Kanäle zu den Berufsorientierungs-Teams an den Schulen aufbauen, um Zugang zu Schülerinnen und Schülern zu erlangen und Ausbildungsunternehmen bei der Besetzung der Ausbildungs- und Praktikumsplätze durch verschiedene Veranstaltungsformate unterstützen;
- Kooperationen zwischen Unternehmen und Ankerschulen im Rahmen des 11. Pflichtschuljahres vorantreiben; Kooperationsvereinbarung mit der Bildungsverwaltung schließen; Praxiserfahrungen ermöglichen;
- das Berufsorientierungs-Pilotprojekt, das erfolgreich an der Willy-Brandt-Schule die Berufsorientierung neu strukturiert hat, skalieren; Berufsorientierung neu denken in Klasse 7-10; eine Kooperationsvereinbarung mit der Bildungsverwaltung schließen;
- die Bundeskampagne zur dualen Ausbildung in DIHK-Gremien unterstützen, regionalen Fokus im Blick behalten und zusätzliche Maßnahmen im digitalen Raum und Out of Home koordinieren; Ausbildungsunternehmen befähigen, sich an der Kampagne zu beteiligen;

- Talent- und interessenorientierte Berufswahl für Schüler der 8./9. Klasse mit dem Talente-Check Berlin und dem Showroom duale Ausbildung ermöglichen, Berufswahltest optimieren, Showroom duale Ausbildung neu ausrichten;
- Kooperationen mit etablierten Messeformaten, wie Einstieg, Karrierekick, Traumberuf und ABI-Zukunft fortführen, neue Formate pilotieren;
- „Ich mach mich selbstständig“ (IMMS) etablieren und ausbauen, weitere Formate und Inhalte über eine Plattform (LifeTeachUs) an Schulen bringen;
- den Ausbau des Netzwerks "Stiftung Kinder forschen" fortführen, Aktivitäten in den vier Handlungsfeldern: Finanzierung sicherstellen, Inhalte um Zukunfts-, Basis- und Sprachkompetenzen erweitern, Qualität der frühkindlichen Bildung in Berlin durch Nutzung der Angebote steigern sowie deren Sichtbarkeit erhöhen;
- Digital Education Lab wird in die Linie überführt und fokussiert auf die berufliche Bildung; Ziel bleibt es digitale Bildungsinnovationen zu ermöglichen; u.a. Ausbau der Ed-Tech-Community im Digital Education Lab der IHK Berlin, entwickelte Formate fortsetzen, die Konzeption de:hub unabhängig von der Aufnahme in das de:hub-Netzwerk vorantreiben.
- IHK Open Badges – also digitale Zertifikate, die beispielsweise eine erfolgreich absolvierte Weiterbildung nachweisen – für alle Bildungsprodukte der IHK Berlin installieren und mit einer externen Bundeskampagne über die DIHK Bildungs GmbH unterstützen;
- Weiterbildungsangebote durchführen, neue Angebote bereitstellen und weiterentwickeln;
- Das Gewinnen von Partnern und die Beschaffung von Weiterbildungsprodukten ausbauen. Das Kooperationsmanagement im Learning Management System technisch umsetzen; Netzwerkstrukturen und strategische Partnerschaften im Berliner Bildungsmarkt aufbauen und Angebote und Service des Learning Management System (LMS) sichtbar machen;
- Ausbaustufe II des LMS, d.h. administrative Funktionalitäten des LMS optimieren und erweitern, inkl. Anbindung an weitere relevante Schnittstellen wie Qlik (Datenanalysetool); das Bewerbungsmanagement für Kooperationspartner (Unternehmen und Dozierende) funktional aufbauen, ergänzend werden qualitätssichernde Services entwickelt und installiert, die unseren Mitgliedsunternehmen einen ganzheitlichen Blick auf die Potentiale beruflicher Weiter- und Fortbildung ermöglichen; Entwicklung und Beschaffung von Content sowie eine Lernumgebung für die Produkte erarbeiten;
- Weiterbildungsberatung unter einem Dach für Berliner Unternehmen fortführen und weiter ausbauen. Einheitlichen Beratungs- und Qualitätsstandards weiter entwickeln und Nutzungen und Bekanntheitsgrad erhöhen. Beratung und Veranstaltungen (Netzwerkpartner und IHK) durchführen.

Bei den Verwaltungsaufgaben wird die IHK Berlin

- Auszubildende zum Thema Ausbildung besser beraten und betreuen, Ergebnisse aus Azubiberatungen systematisch erfassen und auswerten, daraus passgenaue Maßnahmen ableiten und Veranstaltungsformate für Azubis wie „Fit für die Ausbildung“ darauf ausrichten und regelmäßig anbieten;
- Unternehmen zum Thema Ausbildung beraten und betreuen, insbesondere Beratungsangebote um Themen wie Nachhaltigkeit in der Ausbildung, Heben von Digitalisierungspotentialen - wie z. B. mobiles Arbeiten in der Ausbildung -, Diversity, Klimawandel und Inklusion anreichern, regelmäßig Veranstaltungen für Ausbilder, wie z. B. „Ausbilderfrühstücke“ durchführen;
- ca. 10.000 Ausbildungsverträge prüfen und registrieren, Anteil der online eingereichten Verträge auf über 90 % steigern;
- Aus- und Weiterbildungsprüfungen weiterhin rechtskonform, qualitativ hochwertig, serviceorientiert und effizient durchführen, u. a. durch den Ausbau der digitalen Prüfungsinfrastruktur und -abwicklung; Modernisierung des Bildungsportals für die vollständige digitale Abwicklung;
- die Novellierung von Berufsbildern und Weiterbildungsabschlüssen in Prüfungen qualitativ hochwertig umsetzen;
- die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) - beispielsweise vor dem Hintergrund der beruflichen Validierung sowie der Digitalisierung und Entbürokratisierung der beruflichen Bildung - begleiten und umsetzen;
- Möglichkeiten zur Kompetenzfeststellung von Arbeitskräften aufzeigen und ggf. passgenaue am wirtschaftlichen Bedarf ausgerichtete neue IHK-Angebote etablieren;
- passgenau am wirtschaftlichen Bedarf ausgerichtete berufsbegleitende Fortbildungsabschlüsse anbieten und bewerben, insbesondere Bachelor-Professional- und Master-Professional- Abschlüsse für eine wirksame Bildung, Qualifizierung, Aufstiegsmöglichkeit der Fachkräfte sowie Steigerung der Arbeitgeberattraktivität;
- Tibros-Berufungsmanagementtools (digitales Prüferportal) für die effiziente Benennung von potenziellen Prüfern unserer ca. 3.400 ehrenamtlichen Prüfer einführen und dadurch die hohe Datenqualität der Prüferdaten sowie der prüferstellenden Unternehmen sicherstellen.

Berlin braucht zukunftsfähiges Unternehmertum

Der Fachkräftemangel stellt die Berliner Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. Bereits jetzt sehen viele Unternehmen den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften als eines ihrer größten Risiken. Es wird deutlich, dass die Fachkräftelücke ohne gezielte Zuwanderung nicht geschlossen werden kann. Ein wesentlicher Schwerpunkt im Jahr 2025 ist daher das Projekt „Work in Berlin“. Hierbei soll eine mehrsprachige Online-Plattform für internationale Arbeits- und Fachkräfte entstehen, die alle relevanten Informationen und Serviceangebote übersichtlich zusammenführt. Wo möglich, werden wir dabei mit bereits bestehenden Initiativen zusammenarbeiten, um uns gegenseitig zu ergänzen und Synergien zu schaffen.

Auch die Unterstützung unserer Mitgliedsunternehmen ist entscheidend: Wir möchten sie auf internationale Fachkräfte vorbereiten, indem wir sie beispielsweise beim Spracherwerb, der Integration sowie im Visa- und Anerkennungsprozess unterstützen und begleiten. Ein besonderes Element von „Work in Berlin“ wird die „Talentebrücke“ mit der Berliner Partnerstadt Windhoek sein. In Namibia soll ein Ausbildungszentrum entstehen, in dem nach deutschen Standards ausgebildet wird, um Arbeitskräfte für den Berliner Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Gleichzeitig müssen bereits vorhandene Potenziale besser ausgeschöpft werden. Fachkräfte sollten durch moderne Arbeitsformen wie New Work, gelebte Diversität und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf langfristig an den Standort gebunden werden. Dabei ist wichtig, dass Fach- und Arbeitskräfte nicht nur in Berlin arbeiten, sondern auch hier leben können. Dazu braucht es bezahlbaren Wohnraum, zuverlässige Mobilität und hochwertige Bildungsangebote und zuverlässige Kinderbetreuungsangebote.

Gleichzeitig müssen auch die Arbeitskraftpotenziale von Geflüchteten, Teilzeitbeschäftigten und Arbeitslosen noch deutlich entschiedener gehoben werden. Geflüchtete, die bereits in Deutschland leben, sollten durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen und Sprachförderungen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Auch Teilzeitbeschäftigte sollten mehr Möglichkeiten erhalten, ihre Arbeitszeit flexibel zu erweitern, was nicht nur ihre finanzielle Situation verbessert, sondern auch den Fachkräftemangel lindern kann. Arbeitslose, insbesondere Langzeitarbeitslose, brauchen nachhaltige Unterstützung durch gezielte Umschulungs- und Weiterbildungsangebote, die ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt fördern. Auch für ältere Menschen soll die Teilnahme am Arbeitsmarkt so attraktiv wie möglich gestaltet werden, um deren Potenzial länger zu nutzen.

Ein weiteres zentrales Thema für die Zukunft des Berliner Wirtschaftsstandorts ist die Unternehmensnachfolge. Der Übergang von Unternehmen ist entscheidend für den Erhalt von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Um das Bewusstsein dafür bei unseren Mitgliedern zu schärfen, wurde die Nachfolgezentrale ins Leben gerufen – ein wichtiger Schritt, um die Kontinuität in der Berliner Wirtschaft zu sichern. Ziel ist es, die Nachfolgezentrale nachhaltig zu etablieren und so den Erfolg von Unternehmensübergaben zu fördern.

Bereits im Jahr 2024 haben wir uns verstärkt dem Thema des Wirkungsmanagement gewidmet. Denn wir wollen unser eigenes Handeln immer wieder kritisch hinterfragen und unsere konkreten Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit eruieren. Dabei haben wir im Handlungsfeld „Zukunftsfähiges Unternehmertum“ ein Projekt zur Wirkungsmessung gestartet und zentrale KPI's für die Themenkomplexe Zuwanderung und Integration, Arbeitsmarktpotenziale, Diversität und Unternehmensnachfolge formuliert. Im Februar werden wir die Konzeptionsphase des Projektes finalisieren und in die konkrete Anwendung überführen.

Im Bereich der Gesamtinteressenvertretung wird die IHK Berlin

- das Projekt "Gleichstellung gewinnt" mit dem Senat fortführen. Sich für die Einstellung von Menschen mit Behinderung und die Verbesserung der Rahmenbedingungen einsetzen sowie die Vernetzung mit der Beratungsstelle in Berlin stärken;
- für eine verbesserte Migrations- und Integrationspolitik in Berlin eintreten, Hürden für eine erfolgreiche Integration abbauen (z. B. durch Sprachförderung und -kurse) und die Prozesse zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vereinfachen. Dabei die praxisorientierte Umsetzung der neuen Regelungen, wie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, begleiten und evaluieren. Erfolgreiche Netzwerkformate weiterführen und ausbauen, insbesondere durch Veranstaltungen im Rahmen von Kooperationen mit Partnern;
- Unternehmen bei der Integration ausländischer Fachkräfte unterstützen, für geeignete Rahmenbedingungen eintreten, wie zum Beispiel mit der Forderung nach schnelleren und effizienteren Antragsverfahren. Konkrete Unternehmensprobleme gezielt kommunizieren und die tatsächliche Integration von Geflüchteten in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt unterstützen;
- für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf eintreten, indem die IHK Berlin beispielsweise durch die Mitgliedschaft im Berliner Beirat für Familienfragen oder durch die Forderung nach einem weiteren Ausbau der Kitaplätze im Land Berlin agiert;
- Evaluierungen von Hürden und Hemmnissen für die Beschäftigung älterer Menschen und von Inklusionsaspekten durchführen;
- ihre Aktivitäten für die Entwicklung einer Berliner Fachkräftestrategie intensivieren und den Senat bei der Konzeptionierung unterstützen und deren Umsetzung einfordern;
- zur Beseitigung des Fachkräftenotstands in Berlin dafür eintreten, dass der Senat einen politischen Fokus auf die Governance der Fachkräftepolitik legt, u.a. durch die Umsetzung der von der Wirtschaft geforderten Maßnahmen zur Fachkräftesicherung (basierend auf der Fachkräfteerklärung des Runden Tisches der Wirtschaft);
- durch die Mitwirkung in den Beiräten der Jobcenter deren Arbeit fokussieren auf die Begleitung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms (AMIP), die Umsetzung des Bürgergelds und die Evaluation arbeitsmarktpolitischer Instrumente;
- sich dafür einsetzen, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts zu stärken, indem eine unternehmensfreundliche Steuer- und Rechtspolitik verstärkt in die politische Entscheidungsfindung einfließt (z. B. über den Bundesrat);
- eine nachhaltige Investitionspolitik des Landes einfordern und die Verausgabung der bereitgestellten Investitionsmittel sowie die Berliner Haushaltspolitik kritisch begleiten, im Jahr 2025 insbesondere in Bezug auf die Aufstellung des Doppelhaushalts 2026/27;
- Unternehmen beim Zugang zu Förderinstrumenten unterstützen, indem die politischen Akteure auf die spezifischen Bedarfe der Unternehmen aufmerksam gemacht werden. Dies umfasst die regelmäßige Kommunikation der Anforderungen und Hürden, die Unternehmen bei der Nutzung bestehender Förderprogramme erleben, sowie die Entwicklung von Handlungsempfehlungen zur Anpassung und Weiterentwicklung dieser Instrumente, den Austausch mit und zwischen Unternehmen beim Thema Steuerpolitik und Rechtspolitik fördern, u.a. durch den Gesprächskreis "Steuern & Finanzen aktuell" oder das Netzwerk „Rechtspolitik“;

- in der politischen Debatte für nachhaltige Lösungen eintreten. Wirtschaftliches Wachstum, ökologische und soziale Verantwortung sollen in einer vernünftigen Balance bleiben und Zielkonflikte zwischen diesen drei Aspekten immer wieder so weit wie möglich aufgelöst werden. Im Jahr 2025 sollen dabei insbesondere die Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Umsetzungsallianz des Senates aktiv begleitet und unterstützt werden.

Im Service wird die IHK Berlin

- KMU bei der Beschaffung und Sicherung ihrer Fachkräfte unterstützen, u.a. Netzwerk- und Kompetenzaufbau zum Thema Diversität fortführen, ein HR Relocation Support Toolkit und Relocation-Support Service sowie eine Matchingplattform in Zusammenarbeit mit dem Projekt „Internationale Fachkräfte“ erarbeiten;
- Verteileraufbau für den Newsletter Fachkräfte und den Ausbau der Netzwerkaktivitäten fortführen sowie Veranstaltungen durchführen;
- Angebote zu den Schwerpunktthemen Internationale Fachkräfte und Integration sowie Diversität und Qualifizierung unterbreiten, in 2025 dabei insbesondere Fokusgruppen und Feedbacksysteme angedockt an vorhandene IHK-Formate ausbauen, Veranstaltungen zum Thema Diversität durchführen, Angebots- und Serviceportfolios der Diversitäts-Toolbox verbessern und ausbauen;
- Kooperationen mit bereits bestehenden Karrieremessen ausbauen, beispielsweise Formate mit Fokus auf Unternehmen optimieren, u.a. in Kooperation mit den Job-Centern;
- Jobmessen für geflüchtete Menschen und internationale Fachkräfte mit Partnern durchführen und Angebote zur weiteren Begleitung erstellen. Zusammenarbeit intern mit [weiterbildung.berlin](https://www.weiterbildung.berlin) zu Fachkräftethemen ausbauen. Ausbau von Angeboten als mitwirkender Partner von Kooperationen und von Netzwerken fortführen;
- weiterhin Informationen zum Aufenthaltsrecht bereitstellen. Veranstaltungen mit und ohne Partner durchführen. Einbindung von Servicethemen in die Toolbox prüfen und umsetzen. Mit übergreifendem Projekt zu Ausbau und Verbesserung der Services Internationale Fachkräfte zusammenarbeiten. Ziele des Kooperationsaufbaus und der Geschwindigkeit von Matching und Integration unterstützen;
- Formate zur Verbesserung und Darstellung des gesellschaftlichen Ansehens der Unternehmerinnen und Unternehmer fortführen;
- Information und Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse fortführen und ausbauen;
- Anerkennungshotline und Zusammenarbeit mit der Foreign Skills Approval (FOSA) fortführen;
- das Sachverständigenwesen weiterentwickeln und qualifizierte Benennungen von Sachverständigen gegenüber Gerichten, Verwaltung und Wirtschaft vornehmen und weiterhin Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung umsetzen, im Jahr 2025 insbesondere Durchführung des Sachverständigentages Berlin/Brandenburg;
- Unternehmen weiterhin mit dem Angebotsportfolio für die Unternehmensnachfolge durch Informationsveranstaltungen und Beratung im Nachfolgeprozess unterstützen; Darüber hinaus werden nach Abschluss des Pilotprojekts "Optimierung nachfolgereifer Unternehmen in Zusammenarbeit mit Studierenden" Handlungsoptionen abgeleitet;

- die Leistungen der Nachfolgezentrale (Matching und Begleitung von übergabereifen Unternehmen und potentiellen Nachfolgenden) in Zusammenarbeit mit den Partnern Handwerkskammer und Bürgschaftsbank fortführen und ausbauen. Außerdem wird die Verstetigung der Nachfolgezentrale in forciert;
- Rechts- und Steuerauskünfte erteilen, damit sich unsere Mitglieder wettbewerbskonform verhalten können, im Jahr 2025 insbesondere die Veranstaltungsreihe "Rechtsänderungen" fortführen und dabei in einem Piloten zunächst untersuchen, ob für unterschiedliche Branchen (hier: Chemie- und Pharmaunternehmen) spezifische Rechtsänderungsupdates Orientierung stiften können und eine Übertragbarkeit auch auf andere Branchen gegeben ist;
- Mitglieder weiterhin zu Trends und Chancen des nachhaltigen Wirtschaftens hinsichtlich ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit sensibilisieren, informieren und befähigen. Dabei werden sowohl gesetzliche Anforderungen insbesondere aus der EU-Taxonomie als auch Handlungsoptionen für nachhaltiges Wirtschaften aufbereitet und in verschiedenen Formaten bereitgestellt (z.B. Veranstaltungsreihe EU-Taxonomie kompakt, Sustainability Week, Beratung). Das Informations- und Beratungsangebot im Rahmen der sozialen Nachhaltigkeit wird ausgebaut;
- weiterhin Unternehmen bei Fragen zum Handels- und Gesellschaftsrecht informieren und bei der Eintragung ins Handelsregister unterstützen;
- ein Projekt „Work in Berlin“ aufsetzen, welches die Arbeitsmigration fördert, um den Berliner Fachkräftebedarf auch mit internationalen Arbeits- und Fachkräften zu decken;
- Den Berliner Arbeitsmarkt attraktiver machen für internationale Auszubildende, Arbeits- und Fachkräfte durch den Aufbau einer Plattform "Work in Berlin". Gemeinsam mit den Berliner Stakeholdern Hürden beim Ankommen, der Arbeitsplatzsuche, beim Wohnen und Arbeiten abbauen; Unternehmen fit machen im Visa- und Anerkennungsprozess, für mehr Transparenz bei Angeboten von Recruiting- und Relocationdienstleistern sorgen, beim berufsbezogenen Spracherwerb und interkulturellem Training unterstützen;
- Internationale Fachkräfte in Berlin unterstützen, Potentiale heben, insbesondere bei Studenten und Geflüchteten, und für den Berliner Arbeitsmarkt aufschließen und qualifizieren; ein Projekt aufsetzen, um ein Netzwerk mit Drittstaaten von Auszubildenden, Arbeits- und Fachkräften aufzubauen;
- ein Projekt aufsetzen, um die Ausbildung nach deutschem Standard im Ausland am Beispiel Namibia zu realisieren und fachlich zu unterstützen sowie sich dafür ggf. an einer Bildungseinrichtung in Namibia beteiligen.

Bei den Verwaltungsaufgaben wird die IHK Berlin

- Sach- und Fachkundeprüfungen, Unterrichtungen, Erlaubniserteilungen, Registrierungsverfahren und Anerkennungsverfahren weiterhin rechtssicher und effizient durchführen, Nutzung aller digitaler Möglichkeiten serviceorientiert anbieten und ausbauen, für 2025 insbesondere die Ausweitung der PC-Prüfung und der Fachanwendungswechsel zu Elvis (Elektronisches Verwaltungs- und Informationssystem für die Sach- und Fachkundeprüfungen);
- Verfahren der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen weiterhin rechtssicher durchführen.

Berlin braucht eine pragmatische Stadtentwicklung

Berlin braucht eine pragmatische Stadtentwicklung, um den Herausforderungen der Zeit gerecht zu werden und sich im Sinne einer modernen Weltmetropole weiterzuentwickeln. Dabei gilt es, Nutzungskonflikte und Flächenkonkurrenz, Kriterien der Nachhaltigkeit, die Mobilitätswende, das Wachstum der Stadt und viele weitere Aspekte miteinander in Einklang zu bringen und entschieden voranzutreiben. Um diese Zielkonflikte zu lösen, bedarf es innovativer Ideen und kreativer Lösungen. Hier möchte die IHK Berlin mit gutem Beispiel vorangehen, indem in der Fasanenstraße eine „Straße der Zukunft“ entsteht. Dort sollen urbane Innovationen getestet, präsentiert und – sofern möglich – dauerhaft integriert werden. Dies soll gleichzeitig dazu dienen, der mangelnden Technologieakzeptanz innerhalb der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Die Verkehrssituation in Berlin ist viel zu oft durch Staus, Baustellen, überfüllte U-Bahnen, verspätete Regionalzüge und der Versperrung von Lieferzonen gekennzeichnet. Konflikte sind hier vorprogrammiert. Der BER als Hauptstadtflughafen wird dem Anspruch einer modernen Weltmetropole nicht gerecht und bremst die wirtschaftliche Entwicklung. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, sind mehr S-, U- und Regionalbahnen, eine erhöhte Taktfrequenz, zusätzliche Bahnhöfe, neue Strecken sowie die Anwerbung neuer Langstrecken- und Cityverbindungen erforderlich. Die IHK Berlin möchte hierbei die Konnektivität des BER durch die Einrichtung eines Luftverkehrsfonds stärken, um den Bedarfen der Berliner Wirtschaft gerecht zu werden.

Berlin steht vor einer Flächenknappheit bei gleichzeitiger Wohnungsnot – etwa 100.000 neue Wohnungen fehlen. Um den Wohnungsmarkt zu entlasten, sind neue, schnellere, dichtere, höhere und kostengünstigere Bauweisen erforderlich. Gleichzeitig benötigt die Wirtschaft ausreichend Raum zum Wachstum. Wir brauchen deshalb ein Flächenmanagement, das die Bedarfe von Industrie und produzierendem Gewerbe berücksichtigt.

Berlin ist eine bedeutende Weltmetropole. Daher sollte es selbstverständlich sein, dass sich die Hauptstadt für die Ausrichtung internationaler Großveranstaltungen qualifiziert und diese als Chance nutzt. Kürzlich konnte bei den Olympischen Spielen in Paris eine positive Stadttrendite verzeichnet werden, die sowohl wirtschaftliche als auch soziale Vorteile brachte. Für Berlin besteht hier ebenfalls ein erhebliches Potenzial. Eine mögliche Maßnahme zur Unterstützung ist die Einrichtung eines Fonds zur Förderung entsprechender Großveranstaltungen wie beispielsweise die EXPO, die Olympischen Spiele oder die Internationale Bauausstellung (IBA).

Die folgenden Maßnahmen basieren unter anderem auf dem [Businessplan „Pragmatische Stadtentwicklung“](#).

Im Bereich der Gesamtinteressenvertretung wird die IHK Berlin

- durch die Darstellung von Problembeispielen aus der Praxis auf Veranstaltungen, in Publikationen und durch Presse- und Gremienarbeit die Interessen der Wirtschaft für die notwendige Werterhaltung von Verkehrsinfrastruktur (Brücken, Schlaglöcher, Wasserstraßen) vertreten;
- das Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft bei der planerischen und baulichen Umsetzung der definierten Vorrangnetze des Kfz-Verkehrs, des ÖPNV und des Radverkehrs sowie bei der Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Mobilität & Verkehr und des Integrierten Wirtschaftsverkehrskonzeptes vertreten;
- dass in 2024 erstellte Positionspapier „4 x 4 Prioritäten für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik“ (bspw. zur TVO, A100, I2030 und zur überregionalen Anbindung im Schienenverkehr) im öffentlichen und politischen Raum bewerben und auf die Umsetzung drängen;
- die Umsetzung des Kapitels zum Wirtschaftsverkehr für das Mobilitätsgesetz kritisch begleiten und dabei insbesondere die Umsetzung des IHK-Leitfadens zum Laden und Liefern bewerben;
- den weiteren Ausbau des BER für den Standort vorantreiben und sich weiterhin für die Anwerbung neuer Langstreckenverbindungen und Ausbau von Cityverbindungen einsetzen und dafür im Rahmen der Luftverkehrsinitiative eigene Maßnahmen zu entwickeln sowie zu finanzieren;
- die Umsetzung ihrer Vorschläge für eine bessere, ausreichende und beschleunigte Wohn- und Gewerberaumversorgung (z. B. im Positionspapier „Fünf Bausteine für die Bau- und Flächenpolitik in Berlin“) im Dialog mit der Politik, Verwaltung, dem öffentlichen sowie privatem Bausektor vorantreiben (z. B. im Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen), im Jahr 2025 insbesondere die Umsetzung des "Schneller Bauen Gesetz"" kritisch begleiten;
- sich weiterhin gegen Enteignungen als Instrument der Wohnungsbaupolitik aussprechen, im Jahr 2025 insbesondere die Entwicklung eines Vergesellschaftungsrahmengesetzes in der öffentlichen und politischen Debatte begleiten;
- übertragbare Beispiele für stadtentwicklungspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Zentren und Stadtquartiere initiieren und deren Umsetzung begleiten (z. B. durch den PPP- Wettbewerb Mittendrin Berlin 2025-2026). Am Modellprojekt „100 Meter Zukunft“ können zukunftsweisende, nachhaltige Lösungen für den öffentlichen Raum in und an der Fasanenstraße auf Durchführbarkeit und Übertragbarkeit getestet werden;
- zur Bewältigung der zukünftigen Anforderungen und Aufgaben der Stadtzentren das Papier „Aktionsprogramm Innenstadt“ fortschreiben und auf die Umsetzung der darin beschriebenen Maßnahmen hinwirken, im Jahr 2025 insbesondere die Fortschreibung des STEP Zentren 2040 kritisch begleiten;
- für einen Beirat Zentren mit allen relevanten Stakeholdern werben und darüber in geeigneten Veranstaltungsformaten (hier insbesondere: Zentren Gipfel, Fokusgespräche) diskutieren, um gemeinsam den Transformationsprozess gestalten zu können;
- den Wettbewerb und das Konzept für die Randbebauung des Tempelhofer Feldes kritisch begleiten;

- das Gesamtinteresse der Wirtschaft bei Initiativen zu Gewerbemieten vertreten, u. a. die erarbeiteten Lösungsvorschläge zu Gewerbeflächen und Gewerbemieten gemeinsam mit Wirtschaft und Politik diskutieren;
- mit betroffenen Unternehmen sowie den Ehrenamtsgremien Positionierungen bei Planungen auf Landes- und Bezirksebene (Flächennutzungsplanung, Stadtentwicklungskonzepte, bezirkliche Gewerbeflächen- sowie Zentrenkonzepten und Bebauungsplanverfahren) abstimmen und in die politische Debatte einbringen und mit Mitgliedsunternehmen diskutieren;
- sich beim Einsatz von städtebaulichen Förderinstrumenten (z. B. Wirtschaftsdienliche Maßnahmen (WDM) positionieren und die Novellierung des Berliner Gesetz zur Einführung von Immobilien -und Standortgemeinschaften (BIG) weiterhin intensiv begleiten. Im Jahr 2025 insbesondere bei der praktischen Anwendung des BIG - in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Senatsverwaltungen und Bezirken - unterstützen und dafür den Aufbau eigener personeller Kapazitäten als Umsetzungspartner zur Unterstützung der BIGs sicherstellen;
- die Bedeutung des Tourismus als bedeutender Wirtschaftszweig gegenüber Politik und Verwaltung betonen, die Umsetzung des Wassertourismuskonzeptes 2024 begleiten und auf die Verwendung der Einnahmen aus der City-Tax für den Stadttourismus drängen;
- sich für die Weiterentwicklung des Messestandortes Berlin einsetzen und darauf hinwirken, bestehende Leitmessen in der Stadt zu halten und neues Messegeschäft für den Standort zu gewinnen, sowie Großveranstaltungen wie Olympia, eine Expo oder eine Internationale Bauausstellung in der Stadt zu ermöglichen und mit geeigneten Partnern voranzutreiben, im Jahr 2025 insbesondere den geplanten Start des Konzeptverfahrens zur Entwicklung des ICC kritisch begleiten und Pläne für Großveranstaltungen mit eigenen Ressourcen zu unterstützen;
- den Wirtschaftsfaktor Sport in der Sportmetropole Berlin gegenüber Politik und Verwaltung betonen, um die nachhaltige Entwicklung und Verbesserung der unzureichenden
- Sportinfrastruktur zu veranlassen – weiterhin auf Akquise von Sportevents mit hoher Stadttrendite (z. B. hohe Umsätze der Berliner Wirtschaft) hinwirken, in 2025 insbesondere eine mögliche Bewerbung Berlins für Olympische Spiele begleiten;
- die Berliner Politik bei den für eine Kreativmetropole relevanten Themen begleiten, um die Standortbedingungen für die Branche zu verbessern. Neben der Ermöglichung der Veranstaltung von Megakonzerten geht es aber auch um den Erhalt und Ausbau von urban spaces (Spielstätten), um so perspektivisch die Vielfalt und den Erhalt der Kultur- und Kreativwirtschaft zu sichern. Zudem muss die Umsetzung des Masterplans für das Cluster "IKT-, Medien- und Kreativwirtschaft" sichergestellt werden, um so die wirtschaftliche Bedeutung des Standortes im Zusammenspiel zwischen Kreativ- und Digitalwirtschaft sowie Wissenschaft – national wie international – weiter voranzutreiben;
- die Umsetzung der Maßnahmen der Berliner Energie- und Klimaschutzstrategie in Harmonisierung mit der Berliner Nachhaltigkeitsstrategie im Sinne der Wirtschaft begleiten. U.a. politische Einflussnahme zu Themen wie den Ausbau von Windkraftanlagen und Mieterstromprojekten im Rahmen des Photovoltaikausbaus im Städtegebiet führen, Prozesse zur Wärmewende mitbegleiten, den Druck auf eine nachhaltige Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen aufrechterhalten;

- dafür eintreten, dass Energie- und Klimapolitik als übergeordnete Prioritätsprojekte gesteuert und koordiniert werden sowie für geeignete Strukturen für eine effektive und effiziente Klimaschutz-Umsetzung unter Einbindung des Knowhows aus der Wirtschaft sorgen;
- für eine effiziente und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft eintreten, die ganzheitlich und systemisch fokussiert ist und so stärkere Wirtschaftspotenziale erschließen kann und diesbezüglich eine Evaluierung des Berliner Abfallwirtschafts- und Kreislaufkonzepts vorzunehmen und Unternehmen zur Umsetzung eigener Maßnahmen auf Basis aktueller Abfallpolitik und Strategien sensibilisieren und Projekte unterstützen;
- die in 2024 erarbeiteten Positionen an die politischen Akteure zur Etablierung eines zukunftsfähigen, länderübergreifenden Wasserressourcenmanagement übermitteln. Durch eine stetige Zusammenarbeit in einem Netz von relevanten Partnern Unternehmen auf die zukünftigen Herausforderungen in Bezug auf die Ressource Wasser durch innovative Ansätze und politische Diskurse vorbereiten;
- eine Naturschutz- und Klimaanpassungspolitik im Zieldreieck der Nachhaltigkeit umsetzen, im Jahr 2025 Unternehmen bei der Transformation zu mehr Klimaresilienz im Betrieb mit dem Fokus auf die Ressource Wasser und unter Einhaltung der Aspekte der Begrünung und biologischen Vielfalt, begleiten;
- auf die bessere Zusammenarbeit im Metropolraum Berlin-Brandenburg hinwirken, im Jahr 2025 u. a. durch gemeinsame Veranstaltungen der IHKs Berlin und Brandenburg sowie weiterführender Gespräche mit der politischen Spitzenebene bspw. im Rahmen einer Metropolraumkonferenz;
- die Umsetzung der Gigabitstrategie weiter aktiv begleiten und sich beim angekündigten Flächenkonzept für Rechenzentren einbringen.

Im Service wird die IHK Berlin

- energierechtliche Anforderungen zielgruppengerecht aufbereiten;
- rechtliche Umweltaforderungen zielgruppengerecht aufbereiten und für Unternehmen transparent machen: Über neue abfall-, wasser- und immissionsschutzrechtliche Novellierungen informieren;
- Rechtsauskünfte zum Gewerbemietrecht erteilen.

Bei den Verwaltungsaufgaben wird die IHK Berlin

- freiwillige Umweltleistungen von Unternehmen fördern und darstellen, beispielsweise durch eine kundenorientierte Führung des Eco-Management and Audit Scheme (EMAS)-Registers nach IHK-Qualitätsstandards.

Berlin braucht innovatives Wachstum

Berlin steht im Bereich des innovativen Wachstums vor großen Herausforderungen. Es mangelt an Technologieakzeptanz, internationalen Ambitionen, Effizienz im Innovationssystem und der Integration sozialer Innovationen.

Gleichzeitig hat Berlin viel Potenzial: Berlin ist ein herausragender Wissenschaftsstandort. Hinsichtlich der Anzahl der Ausgründungen aus den Berliner Hochschulen ist die Hauptstadt deutschlandweit führend - In einigen fachlichen Disziplinen sogar weltweit führend. So gehören auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz 36 Forschende in Berlin weltweit zu den besten ein Prozent ihres Feldes. Diese riesigen Potenziale am Standort werden aktuell jedoch noch unzureichend ausgeschöpft. Dies wollen wir ändern – wissenschaftliche Kompetenz in Berlin soll in noch viel stärkerem Maße auch der Berliner Wirtschaft zugutekommen. Aus diesem Grund möchte die IHK Berlin die Stärkung des Innovationsökosystems – beispielsweise durch die finanzielle Förderung eines KI-Showrooms sowie des Projekts UNITE in finanzieller und ideeller Weise unterstützen.

Um das Potenzial einer innovativen Stadt weiter zu stärken, muss eine zeitgemäße und enge Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft etabliert werden. Nur mit einem offenen Mindset für Veränderungen kann der Wirtschaftsstandort Berlin angesichts unsicherer internationaler Rahmenbedingungen wettbewerbsfähiger und widerstandsfähiger werden.

Dabei spielt der Wissenstransfer eine tragende Rolle. Dieser muss systematisch gestaltet werden, um mehr Forschungsergebnisse in marktreife Produkte zu überführen. Darüber hinaus sollte Berlin gezielt nach internationalen Innovationen suchen, diese testen und kontinuierlich verbessern. Ein Hauptfokus sollte dabei auf disruptiven Deep-Tech Innovationen liegen, die die internationale Anziehungskraft Berlins erheblich steigern können. Dabei ist es wichtig, Innovationen schneller und effektiver fördern zu können. Dafür braucht es eine moderne Förderpolitik, die potenzialorientiert, systematisch und auf internationalem Niveau ist.

Als international agierende Stadt muss Berlin sich an der Benchmark der großen Weltmetropolen orientieren und die Einhaltung internationaler Standards gewährleisten, wie etwa die Förderung beschleunigter Investitionen und die Schaffung einer attraktiven Umgebung für Investoren. Gleichzeitig muss sich Berlin als international agierende Stadt auch auf bundespolitischer und europäischer Ebene stärker als innovative Wachstumsstadt einsetzen.

Im Bereich der Gesamtinteressenvertretung wird die IHK Berlin

- sich für eine Stärkung des Berliner KI-Ökosystems und verbesserte Koordination von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei KI-Themen einsetzen; in dem Kontext mit zentralen Partnern und Verwaltung gemeinsame Maßnahmen für mehr Sichtbarkeit, physische Bündelung und gelebte Kooperation des KI-Standortes entwickeln;
- ein Indikatoren-Sets entwickeln, das für Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) gleichsam gilt, hochschulspezifisch angepasst werden kann, Handlungsspielräume lässt und keinen bzw. nur geringfügigen zusätzlichen Erfassungsaufwand verursacht. Die Zielerreichung von Transferaktivitäten wird dadurch hochschulindividuell messbar und setzt Praxisanreize;
- sich konstruktiv dafür einsetzen, gemeinsam mit den relevanten Stakeholdern den Technologietransfer im DeepTech-Bereich weiter zu verbessern und Campuslösungen zu untersuchen;
- im Rahmen des Schwerpunktthemas 2025 „Innovation“ eine öffentlichkeitswirksame Kampagne durchführen, um in der Stadt für Innovation zu begeistern und ein innovationsfreundliches Klima zu schaffen. Hierfür wird eine Kommunikationsstrategie entwickelt, die auf vielfältige Kommunikationsinstrumente setzt und messbar hilft Technologie- und Innovationsfeindlichkeit in allen Berliner Bezirken abzubauen;
- die Pilotierung des KMU-Büro durch die HTW Berlin eng begleiten und die Unternehmerperspektive einbringen; in 2025 insbesondere durch weitere gemeinsame Veranstaltungen mit der HTW und anderen Berliner Hochschulen sowie intensive Bewerbung als niedrigschwelliger Zugang für kleine und mittlere Unternehmen in die Wissenschaft;
- weitere neue Kooperationsvereinbarungen mit Berliner Hochschulen eingehen, um die Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu intensivieren. Zahlreiche vereinbarte Maßnahmen und Pilotprojekte rund um die Fachkräftesicherung und zur Steigerung der Innovationsdynamik werden umgesetzt, z.B. um internationale Studierende am Standort zu halten und hochschulische Start-up-Services zu stärken;
- die Partnerschaft von IHK Berlin und der Berliner "Startup Factory" UNITE weiter mit Leben füllen. Die IHK wird ihr Engagement als Partner von UNITE fortführen und ggf. punktuell verstärken, um gemeinsam mit den Wissenschafts- und Wirtschaftskonsortien ein Top-Umfeld für DeepTech-Gründungen in der Metropolregion zu schaffen;
- die im Jahr 2024 erarbeitete DeepTech-Position verabschieden, in die politische Beratung übergeben, mittels Öffentlichkeitsarbeit bekannt machen, dazu vorhanden Kanäle nutzen und ggf. neue aufbauen. Es sollen weiterer Stakeholder für die Umsetzung einzelner Maßnahmen der Position gewonnen werden. Die politische Wirksamkeit der Position sollt gemonitort werden;
- die Female-Founders-Vernetzung fortführen, die in Q IV 2024 mit Gründerinnen geführten Interviews bzgl. Gehalt für eine politische Position analysieren und eine solche Position ggf. erarbeiten. Es wird geprüft, wo IHK Berlin und IHK Potsdam bei diesem Thema gemeinsam aktiv werden können. Abhängig vom Ergebnis dieser Prüfung werden Maßnahmen entwickelt und durchgeführt mit dem Ziel, den Anteil an weiblichen Ausgründungen aus dem MINT Bereich signifikant zu erhöhen;

- sich für die effektive Stärkung des IP-Transfers (Übertragung geistigen Eigentums und von Nutzungsrechten) der Berliner Hochschulen und im Land Berlin einsetzen. Gemeinsam mit Stakeholdern aus Hochschulen, Politik, Verwaltung und Unternehmen werden Hemmnisse, Möglichkeiten zur Verbesserung des rechtlichen Rahmens und Best Practices identifiziert sowie ein Netzwerk der verschiedenen Interessengruppen aufgebaut, u. a. durch einen Roundtable. Zudem wird ein IP-Pilotprojekt gemeinsam mit einer wissenschaftlichen Einrichtung auf den Weg gebracht;
- prüfen, ob über bestehende Erkenntnisse und Angebote hinaus ein zusätzlicher Informationsbedarf hinsichtlich des rechtssicheren Einsatzes von KI in der Kreativwirtschaft besteht;
- die Berliner Industriepolitik - insbesondere entlang von SKIP und Masterplan - kritisch begleiten und regelmäßig fachpolitischen Input zu industrierelevanten Themen wie Energie, Flächen- und Fachkräftesicherung sowie konjunkturelle Entwicklung in die politische und öffentliche Debatte einbringen und dabei wichtige Stakeholder aus Wirtschaft, Politik und Verbänden integrieren. Als Grundlage dient das in der Vollversammlung im September 2024 beschlossene Positionspapier zur Industriepolitik;
- die Umsetzung des Masterplans Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg im Sinne der Unternehmen sowie gesundheitspolitische Regulierungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene begleiten; im Speziellen u.a. die Planung und den Bau des Nationalen Translationszentrum (Berlin Center for Gene and Cell Therapies) weiter forcieren und unterstützen. Damit verbunden wollen wir die stärkere Vernetzung der beiden Gesundheitsstandorte Berlin und Boston unterstützen, u.a. mit dem Unterzeichnen eines MoU im Nachgang der US-Delegationsreise (Herbst 2024) mit drei Themenfeldern (Wissenschaftsaustausch, Gen- und Zelltherapien und Forschungsinstitute-Austausch etablieren) mit dem Ziel, das "Boston an der Spree"-Projekt voranzutreiben;
- Stakeholdergespräche auf Basis der Digitaloffensive 2.0 führen, um Positionen und digitalpolitische Maßnahmen anzuregen, dies beinhaltet auch die aktive Positionierung zu zentralen politischen Maßnahmen; in 2025 insbesondere der Ausarbeitung des Digitalgesetzes;
- die Umsetzung der Berliner Digitalstrategien weiter kritisch wie konstruktiv begleiten; dabei steht in 2025 insbesondere die Entwicklung der Open-Source-Strategie im Vordergrund, im Rahmen dessen sich die IHK für eine enge Einbindung der (Digital-)Wirtschaft einsetzt;
- angesichts der verschärften Bedrohungslage für digitale Systeme und kritische Infrastrukturen durch die gesteigerte Aktivität staatlicher und nichtstaatlicher Akteure sich gemeinsam mit Partnern dafür einsetzen, dass das Wirtschaftsschutzniveau in Berlin gehoben wird, u.a. durch eine verbesserte Sicherheitskooperation zwischen Wirtschaft, Politik und Sicherheitsbehörden sowie einen Ausbau der Sensibilisierungs- und Unterstützungsangebote für Unternehmen für digitale und physische Sicherheitsmaßnahmen;
- innovationsrelevante Themen des Berliner Senats mit Fokus auf die Berliner Zielmärkte begleiten, Innovationen aus Berlin internationale Sichtbarkeit verschaffen und Innovationen aus der Welt für Berlin „scouten“, um den Berliner Innovationsstandort zu stärken; im Fokus des Scoutings stehen dabei Städte und Regionen, welche im Rahmen von Delegationsreisen besucht werden, um die sich dadurch öffnenden Gelegenheitsfenster zu nutzen;

- politisch begleitete Delegationsreisen in die wichtigsten Berliner Partnerländer/-städte (wie Indien und Polen) und politische Austauschformate (u.a. eine Außenwirtschaftskonferenz mit Land Brandenburg) mit dem Senat durchführen;
- auf eine bedarfsgerechte Neujustierung der Berliner Außenwirtschaftspolitik auf Grundlage des IHK-Positionspapiers Nachhaltigkeit in der Berliner Außenwirtschaft und eines IHK-Impulspapiers zu internationalen Städtekooperationen (z.B. als Regionalhubs bzw. „Gateway“ der Außenwirtschaftsförderung) hinwirken, um durch eine Optimierung des Berliner Internationalisierungskonzepts die Resilienz und Zukunftsfähigkeit der Berliner Außenwirtschaft zu stärken;
- Konzept für eine verbesserte (schnellere und unbürokratische) Internationalisierung über (neue) Städte-Kooperationen bzw. Hubs entwickeln;
- den Dialog rund um die neue Europa-Strategie des Senats als Ideen- und Impulsgeberin begleiten, um eine wirtschaftsorientierte Strategieumsetzung zu gewährleisten und mittelfristig eine engere Anbindung Berlins an die EU-Strukturen im den Bereichen EU-Außenwirtschafts- und Handelspolitik zu erreichen, u.a. über die Etablierung eines EU-Arbeitskreises mit dem Senat sowie eines Optimierungsprozesses des Berliner EU-Büros für eine wirksame Wirtschaftsrepräsentanz in Brüssel;
- Förderinitiativen des Bundes begleiten und ihre Anwendung in Berlin sowie die Beteiligung durch die Berliner Wirtschaft in themengebundenen Calls prüfen (inkl. SPRIND und DATI), Netzwerke knüpfen, um bundespolitisch an Einfluss zu gewinnen und hierdurch positive Wirkung auf den Standort Berlin zu erlangen sowie außerdem Erfahrungen der Berliner Wirtschaft mit Förderprogrammen an die Landes- und Bundespolitik weitergeben;
- Sich dafür einsetzen, dass der Berliner Senat die Zusammenarbeit mit europäischen Metropolen stärkt, um Metropolpolitik auf europäischer Ebene stärker zu verankern;
- Sich dafür einsetzen, dass auch der Bund Innovationsprojekte in Berlin fördert; dabei wird die IHK Berlin im Jahr 2025 insbesondere die Risiken und Unsicherheiten durch die vorläufige Haushaltsführung im Bund adressieren, u.a. mit Blick auf Förderzusagen für Ausgründungsprojekte und Innovationsprojekte insgesamt;
- gute Rahmenbedingungen für Finanzierung und Förderung im Interesse der Berliner Unternehmen mitgestalten, im Jahr 2025 insbesondere durch die Mitarbeit in den Arbeitskreisen EFRE und ESF und die Mitgliedschaft im Beirat der Investitionsbank Berlin. Gleichzeitig für eine mittelstandsfreundliche Finanzierung der Transformation auf Bundes- und EU-Ebene eintreten;
- eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den relevanten Stakeholdern der Stadt aufbauen, um die Synergien zwischen technologischen und sozialen Innovationen zu heben; in 2025 insbesondere durch einen gemeinsamen Runden Tisch Social Economy zu dieser Zielstellung;
- Mittels leitfadengestützter Interviews mit ausgewählten Experten analysieren, wie Anreize für Wissenschaftler für einen effizienten Technologietransfer geschaffen werden können.
- durch ein Set von Maßnahmen die größten bis zu zehn verwaltungsseitigen Innovations- und Wachstumsblocker für die Berliner Chemieindustrie identifizieren und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen;

Im Service wird die IHK Berlin

- das Festival der Berliner Wirtschaft mit dem Schwerpunkt Innovation durchführen;
- den Wissens- und Technologietransfer basierend auf den Kooperationsverträgen zwischen Berliner Hochschulen und der IHK Berlin in die Berliner Wirtschaft unterstützen. Auch ein Format zum Transfer und der Nutzbarmachung von IP ist als IP Festival mit den universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen geplant;
- weiterhin mit Information und Sensibilisierung zur IT-Sicherheit, dem Einsatz von KI und Digitalisierung der Unternehmen beitragen. Mit der Durchführung von Veranstaltungen mit Partnern aus der Verwaltung, Verbänden, Behörden und aus der Berliner Wirtschaft werden Mitgliedsunternehmen zu relevanten Themen der Digitalisierung informiert, sensibilisiert und befähigt;
- weiterhin das Format Industrie trifft Start-ups als Partner unterstützen;
- Informationen über den Deep-Tech-Sektor und die spezifischen Bedürfnisse dieser Start-ups bereitstellen. Dazu gehören Marktanalysen, Technologietrends und Erfolgsbeispiele;
- durch die Organisation von Netzwerkveranstaltungen, Matchmaking-Events und Innovationsforen kann die IHK Berlin Unternehmer mit Deep-Tech-Start-ups, Forschungseinrichtungen und anderen Investoren zusammenbringen;
- für Gründende und werdende Start-ups die Angebote und Formate – von der individuellen Beratung z.B. zur Gründung und zu Handelsregistereinträgen, über die Informationsbereitstellung bis hin zu Netzwerkveranstaltungen fortführen. Auch die Fortführung der Aktivitäten zur Unterstützung der Steigerung des Anteils von weiblichen Gründerinnen z.B. durch die Verknüpfung mit dem Angebot IHK-Unternehmerinnen-Netzwerk wird umgesetzt. Weiterhin werden Mitgliedsunternehmen, Gründende und Start-ups durch Informationsveranstaltungen sowie durch individuelle Beratung zu passenden Förder- und Finanzierungsinstrumente unterstützt;
- bedarfsgerecht zu Zollfragen und zum Außenwirtschaftsrecht beraten, jährlich stattfindendes Format Zollupdate durchführen, Zollworkshops sowie Ländersprechtage anbieten;
- das 2024 gestartete Innovationsprojekt zur Zusammenarbeit von Nachfolge suchenden Unternehmern mit Studierenden entsprechend den gewonnenen Erkenntnissen weiterentwickeln, um eine potenzielle Nachfolge zu begleiten.

Bei den Verwaltungsaufgaben wird die IHK Berlin

- Zoll- und Außenhandelsdokumente ausfertigen;
- weiterhin Stellungnahmen zu Gründungsvorhaben bzw. zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit von nicht EU-Bürgern im Rahmen des § 21 Aufenthaltsgesetz abgeben.

Berlin braucht eine funktionierende Stadtverwaltung

Die Berliner Verwaltung muss leistungsstärker, serviceorientierter und digitaler werden als bisher. Der Weg dorthin ist noch lang. Ein gutes Zeichen ist, dass der Senat das Thema zur Chefsache erklärt und in der Senatskanzlei angesiedelt hat. Doch es braucht einen echten Durchbruch, damit es nicht bei einer Symbolpolitik bleibt.

Während andere Verwaltungen bereits interne KI-Anwendungen einführen, kann Berlin mit seinen Fortschritten noch immer nicht mithalten. Dabei sind Berliner Unternehmen gerade in schwierigen Zeiten auf eine funktionierende Verwaltung angewiesen.

Die Berliner Verwaltung und das Image der Stadt spielen auch international eine wichtige Rolle. Als internationale Metropole zieht Berlin viele Menschen aus verschiedenen Kulturen und Ländern an, was die Stadt zu einem lebendigen und dynamischen Ort macht. Die Berliner Verwaltung sollte daher nicht abschrecken, sondern das Aushängeschild der Hauptstadt sein.

Dafür bedarf es einer Verwaltungsreform mit klaren Strukturen und Zuständigkeiten auf Senats- und Bezirksebene, weniger Bürokratie sowie digitalisierter und moderner Prozesse. Die innovative Beschaffung und Vergabe sind dabei zentrale Hebel für die Weiterentwicklung und einen modernen Standort.

Durch eine enge Zusammenarbeit mit innovativen Unternehmen und führenden Forschungseinrichtungen kann Berlin eine Vorreiterrolle in der modernen Verwaltung einnehmen und so die Effizienz erheblich steigern. Der vorhandene unternehmerische Sachverstand und das wissenschaftliche Potenzial der Hauptstadt sollten genutzt werden, um innovative Verwaltungsprozesse zu entwickeln und die Stadt als attraktiven Standort für internationale Talente und Investitionen zu positionieren. Konkrete Vorschläge liegen bereits zur Genüge vor – nicht zuletzt in Form des Businessplans [„Funktionierende Stadt“](#) der IHK Berlin.

Beim IHK-Sommerfest 2024 versprach der Regierende Bürgermeister: „Beim nächsten Sommerfest feiern wir die beschlossene Verwaltungsreform.“

An diesem Ziel wird die Berliner Wirtschaft auch im Jahr 2025 festhalten.

Im Bereich der Gesamtinteressenvertretung wird die IHK Berlin

- die Berliner Politik und Verwaltung bei der Umsetzung der Verwaltungsreform unterstützen und dabei insbesondere die Belange der Unternehmen vertreten. Im Jahr 2025 nehmen wir dabei das neue Landesorganisationsgesetz, eine parallel erforderliche Verfassungsreform zur Ausstattung der Senatsebene mit den notwendigen Steuerungsinstrumenten und zur Stärkung der Bezirksfinanzen zur Sicherstellung der bezirklichen Aufgabenerfüllung sowie den Bürokratieabbau in den Fokus unserer Aktivitäten - u.a. in einem Frühjahrskongress Verwaltung (Arbeitstitel) sowie weiteren Gesprächs- und Veranstaltungsformaten mit Senat, Bezirken, Abgeordnetenhaus und Wirtschaft;
- Personalpolitik und -management des Senats mit innovativen Vorschlägen zu relevanten Themen begleiten; in 2025 insbesondere zum fortlaufenden Abbau personalrechtlicher Hürden, der Lohnangleichung zwischen Land und Bezirken sowie zu Effizienzpotenzialen durch verstärkte Digitalisierung;
- mehr Tempo bei der konsequenten Digitalisierung der Verwaltungsleistungen einfordern; in 2025 insbesondere die E-Akte, das digitale Gewerbeamt sowie die Neuausrichtung des ITDZ vorantreiben. Zudem wird die IHK gemeinsam mit unternehmerischen Stakeholdern konkrete Vorschläge zur effizienzsteigernden Digitalisierung beispielsweise von Genehmigungs- und Zulassungsverfahren auf Landes- und Bezirksebene erarbeiten und in die politische Debatte einbringen;
- die Stärkung des CityLAB als Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft im Rahmen von Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung begleiten; in 2025 unter anderem durch eine engere Kooperation von IHK und CityLAB in gemeinsamen Projekten;
- den Paradigmenwechsel in der öffentlichen Vergabe aktiv zugunsten innovativer Lösungen auf Basis von Wirtschaftlichkeit, Qualität und Nachhaltigkeit einfordern; in 2025 unter anderem durch die enge Begleitung der vom Senat angekündigten Evaluierung des Berliner Beschaffungs- und Vergabegesetzes sowie die Weiterentwicklung des direkten themenbezogenen Austausches von Unternehmen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung. Zudem werden wir die Nutzung bereits bestehender Entscheidungsspielräume und Instrumente mit Fokus auf Innovationen aus etablierten KMU und Start-ups in der öffentlichen Anwendung konsequent und unabhängig vom Prozess der Evaluation durch intensive Begleitung der Stakeholder vorantreiben;
- die wirtschaftliche Situation Berlins darstellen, interpretieren und veröffentlichen, z. B. in verschiedenen Formaten wie dem Konjunkturbericht oder der „Berliner Wirtschaft in Zahlen“.

Bei den Verwaltungsaufgaben wird die IHK Berlin

- durch das Führen eines „Amtlichen Verzeichnisses für präqualifizierte Unternehmen aus dem Liefer- und Dienstleistungsbereich“ die Beteiligung für Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen erleichtern; insbesondere die Vorteile des Verzeichnisses durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen deutlich machen;
- im Rahmen hoheitlicher Aufgaben weiterhin Stellungnahmen/Gutachten zu Anfragen des Registergerichts zu Handelsregistereintragungen von neu gegründeten Unternehmen, Zweigniederlassung usw. zur Eintragungsfähigkeit bereitstellen.

Berlin braucht eine leistungsstarke Industrie- und Handelskammer

Berlin als pulsierende Metropole steht vor zahlreichen Herausforderungen und Chancen. Eine starke und effiziente Industrie- und Handelskammer ist unerlässlich, um die Interessen der Unternehmen zu vertreten, Innovationen zu fördern und die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt voranzutreiben. Die IHK Berlin spielt eine entscheidende Rolle dabei, die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu sichern, Netzwerke zu stärken und als verlässlicher Partner für Unternehmen aller Größen und Branchen zu agieren. Nur durch eine leistungsstarke IHK kann Berlin seine Position als führender Wirtschaftsstandort weiter ausbauen und nachhaltig sichern. Dafür braucht es die Nähe zu den Mitgliedsunternehmen. Als Stimme der Gesamtinteressenvertretung der Berliner Wirtschaft ist es wichtig, die Bedürfnisse und Herausforderungen der Berliner Unternehmen zu kennen, um diese in wirtschaftspolitische Entscheidung einfließen zu lassen. Der Sachverstand der Unternehmerinnen und Unternehmen trägt maßgeblich zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes bei. Umso wichtiger ist es, dass die Leistungen und Aktivitäten der IHK bekannt sind und sich die Mitgliedsunternehmen bestenfalls auch in der IHK engagieren. Ein Schwerpunkt im kommenden Jahr wird daher der Launch der „Berliner Wirtschaft Online“ als zentraler digitaler Informationspunkt für Berliner Wirtschaftsthemen.

Die engste Verbindung hat die IHK Berlin zu den Unternehmerinnen und den Unternehmern in ihren Gremien, insbesondere in der Vollversammlung, im Präsidium und in den Themenausschüssen. Diese Zusammenarbeit auch darüber hinaus in Branchenformaten und Ad-Hoc-Kompetenzteams bildet die Basis für die gesamte Arbeit der IHK Berlin. Die Vollversammlung als wichtigstes Organ legt dabei den Grundstein für die Arbeit der IHK Berlin: Sie definiert über ihre Beschlüsse zur Finanzplanung den Rahmen und Umfang der IHK-Aktivitäten und legitimiert über die Verabschiedung des jährlichen Arbeitsprogramms die Gesamtinteressenvertretung der IHK Berlin im politischen Raum.

Für junge Unternehmerinnen und Unternehmer schaffen wir zudem Netzwerk-Angebote über die Wirtschaftsunioren Berlin.

Damit sich mehr Unternehmerinnen und Unternehmer mit der IHK verbunden fühlen, wird die IHK Berlin die Nähe zu ihren Mitgliedsunternehmen intensivieren. Durch eine geschärfte Kommunikation über die Leistungen und Aktivitäten der Kammer sollen mehr Mitglieder erreicht und der Mehrwert der Mitgliedschaft erkennbarer werden. Die Bemühungen sollen sich insbesondere in einer Steigerung der Wahlbeteiligung im Jahr 2027 niederschlagen.

In der Kommunikation an die Mitglieder wird die IHK Berlin

- die „Berliner Wirtschaft Online“ nach dem Launch in Q1/25 sukzessive zur Plattform für Nachrichten aus und für die Berliner Wirtschaft ausbauen;
- die digitale Kontaktaufnahme per E-Mail mit Fokus auf den persönlichen Kontaktdaten von wahlberechtigten Unternehmerinnen und Unternehmern ausbauen, in 2025 insbesondere die Optimierung und Konsolidierung der E-Mail-Aussendungen weiterführen;
- zusätzliche passive Mitgliedsunternehmen für eine zukünftige Nutzung von IHK-Leistungen mithilfe von sogenannten vertrieblichen Kontakten (insb. Unternehmensbesuche und Vertriebsveranstaltungen) aktivieren; darüber hinaus bei passenden Anlässen weitere Testings zur Aktivierung durchführen;
- die "IHK-Pop-up-Büro"-Tour als temporärer IHK-Präsenz vor Ort in den Bezirken fortsetzen, um insbesondere jene Kunden zu erreichen, für die eine Präsenz vor Ort maßgeblich ist, um mit der IHK in Kontakt zu treten;
- die Bündelung der Themen für die Kommunikation von hausweiten oder auch bereichsübergreifenden Inhalten aus z.B. Politik und Service weiterführen und ausbauen, um einen einheitlichen Auftritt und die Wiedererkennung von Kampagnen zu gewährleisten;
- die Social-Media-Aktivitäten sowohl für die operativen Leistungen, Veranstaltungen und Maßnahmen als auch für die politische Kommunikation weiter ausbauen, um die Reichweite in die Berliner Wirtschaft und die Politik sowie die Engagement-Rate weiter zu steigern;
- die kanalübergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation nach dem Newsroom-Prinzip bündeln, um Reichweite und Impact der Kommunikation zu unseren Themen und Positionen in die Berliner Wirtschaft und die Politik zu verstärken;
- das Ludwig Erhard Haus beleben, auch in 2025 die zahlreichen und erfolgreichen Formate (IHK-Großveranstaltungen, kleinere Präsenzveranstaltungen sowie digitale Angebote) planen und umsetzen sowie die externe Vermietung der Veranstaltungsflächen ausbauen und dabei ein Konzept entwickeln zur konkreten Vermarktung an diverse Netzwerke in der Berliner Wirtschaftsszene.

Intern wird die IHK Berlin

- in Vorbereitung auf die IHK-Wahl 2027 Auswertungen bereitstellen, Datenbeschaffung organisieren und durchführen;
- Mitgliedsunternehmen kontaktieren, um sie über ihre neue Branchenzuordnung zu informieren sowie eine Verarbeitung der Rückläufer zur Datenaktualisierung vornehmen;
- Daten nach der Migration in einem neuem CRM konsolidieren;
- Das Projekt für ein digitales Self-Service Portal auf Basis einer eigenen Digitalisierungs- und Entwicklungsplattform insbesondere mit der Zielgruppe Unternehmerin und Unternehmer weiterführen;
- Hilfestellungen für das Ehrenamt und weitere IHK-Multiplikatoren entwickeln, um in Kürze die wichtigsten Fakten rund um IHK darzustellen (u.a. Relevanz der IHK-Mitgliedschaft, Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements, Beitragsstruktur, Angebotspalette);
- eine langfristige Nachhaltigkeitsstrategie der IHK Berlin umsetzen, um in allen Aspekten unserer Arbeit im ökonomischen, sozialen und ökologischen Sinne nachhaltiger zu agieren und somit eine Rolle als Vorbild bzw. Best-Practice-Beispiel einzunehmen;
- die Umbauarbeiten des Mendelssohnsaals inklusive Lobby abschließen und die funktionsfähige Fläche ins Haus zur Nutzung für die vielfältigen Veranstaltungsformate übergeben;
- einen Architektenwettbewerb zur Sanierung und Modernisierung des Konferenzzentrums durchführen und anschließend die Planungen dazu aufnehmen.

